

617/J XXV. GP

Eingelangt am 05.02.2014

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Beate Meisl-Reisinger, Kollegin und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

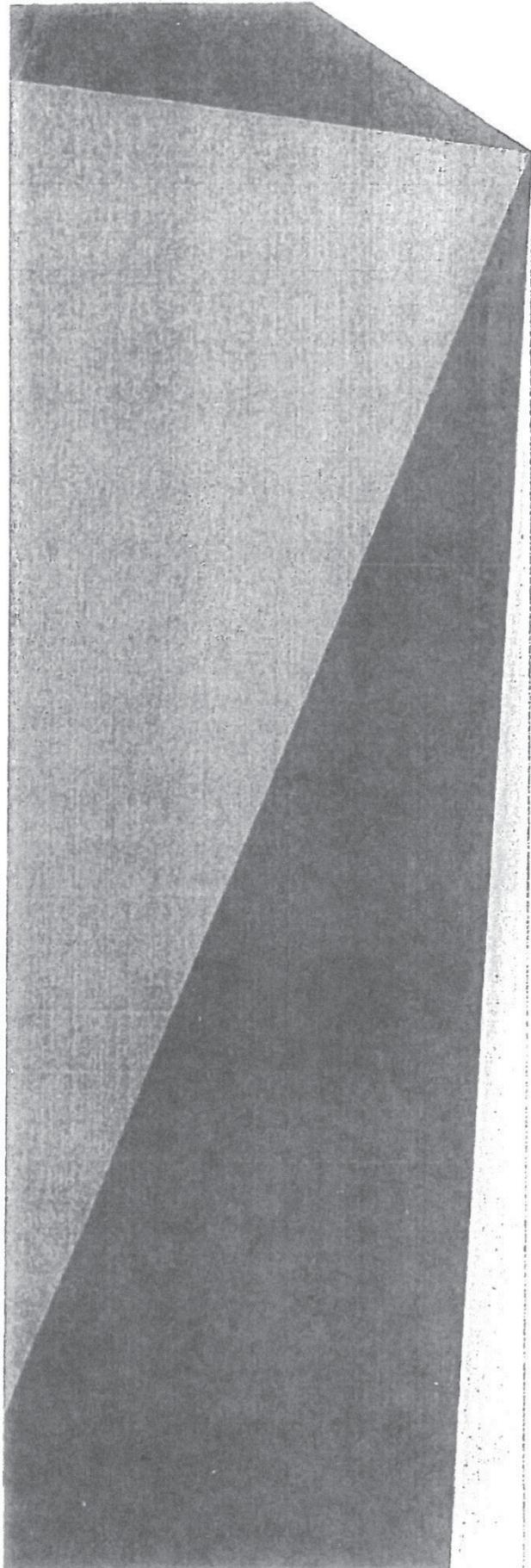
betreffend Veröffentlichung des Wyman Reports

Seit der Notverstaatlichung der Hypo Alpe Adria Bank im Dezember 2009 wurden laufend hohe Kosten für die Aufrechterhaltung des Status Quo zu Lasten des Steuerzahlers in Kauf genommen. Erst im Jahr 2013 beauftragte das Bundesministerium für Finanzen die Unternehmensberatungsagentur Oliver Wyman mit der Erstellung einer Einschätzung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen zum Abbau der Hypo Alpe Adria. Im Dezember 2013 wurde diesbezüglich ein Bericht unter dem Decknamen „Projekt Galileo“ an das Bundesministerium für Finanzen geliefert. Dieser Bericht enthält Folgendes zur weiteren Vorgangsweise in der Causa Hypo und wurde der Öffentlichkeit bislang nicht zugänglich gemacht:

 OLIVER WYMAN

PROJEKT GALILEO
OUTSIDE-IN BEOBACHTUNGEN

DEZEMBER 2013



FINANCIAL SERVICES
© Oliver Wyman | FRA-FSP25301-022

 MARSH & MCLENNAN
COMPANIES

VERTRAULICHKEIT

Das Geschäft unserer Kunden ist durch einen außerordentlich intensiven Wettbewerb gekennzeichnet. Die vertrauliche Behandlung von Unternehmensplanungen und -daten ist daher besonders wichtig. Oliver Wyman stellt die vertrauliche Behandlung all dieser Kundeninformationen sicher.

Für Unternehmensberatungen ist der Markt gleichmaßen wettbewerbsintensiv. Wir betrachten unsere analytischen, methodischen und konzeptionellen Ansätze und Einsichten als unser geistiges Eigentum. Daher erwarten wir, dass unsere Klienten unser Interesse an Präsentationen, Methoden und Analysetechniken schützen. Auf keinen Fall sollten diese Unterlagen Dritten, insbesondere anderen Beratungsunternehmen, ohne die schriftliche Genehmigung von Oliver Wyman zugänglich gemacht oder zur Verfügung gestellt werden.

Copyright © Oliver Wyman

Executive Summary

- Oliver Wyman hat im Zeitraum 28.11.2013 – 02.12.2013 im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen eine **Outside-In Einschätzung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen** für 4 verschiedene Szenarien (Status Quo, Anstalt, Beteiligung, Insolvenz) zum Abbau der Hypo Alpe Adria vorgenommen
- Dabei wurde ein **umfassender Kriterienkatalog** verwendet, der neben den Konsequenzen für die faktische Risiko- und Haftungsübernahme auch Reputationsrisiken, Auswirkungen auf Rating und Refinanzierungskosten sowie Umsetzungsaspekte und Auswirkungen auf andere Stakeholder berücksichtigt
- Die wesentlichen Ergebnisse dieser Outside-In Einschätzung lassen sich wie folgt zusammenfassen:
 - **Risiko und Haftungsübernahme**
 - In der Anstaltslösung ist die faktische Risiko- und Haftungsübernahme für den Bund am höchsten
 - In der Beteiligungslösung sind wahrscheinlich hohe Zugeständnisse zur Erreichung der Zustimmung der Banken notwendig, sodass die im *Modell* angestrebte Lastenteilung in der tatsächlichen Umsetzung wahrscheinlich deutlich geringer ausfallen wird
 - Bei der Insolvenzlösung besteht die Möglichkeit der Lastenteilung mit einer breiteren Stakeholder Gruppe
 - Bei allen Lösungen bestehen **Reputationsrisiken** und mögliche negative Einflüsse für das Rating/ die Refinanzierungskosten des Bundes
 - **Umsetzungsrisiken**
 - Zu den wesentlichen **Umsetzungsrisiken** gehören der **Umgang mit dem SEE Netzwerk** in allen Szenarien
 - Zusätzlich besteht die Notwendigkeit zur Schaffung einer neuen **Sondergesetzgebung** sowie die Erfordernis der **Mitwirkung Dritter** bei Anstalt- und Beteiligungslösung
 - Mögliche **Spillover-Effekte** auf die Refinanzierung von anderen Banken und Bundesländern erscheinen entweder von **untergeordneter Bedeutung** oder können **mitigiert** werden; allerdings kann eine **Veränderung der Wahrnehmung** und Behandlung von **Landesgarantien** als Folge der derzeit stattfindenden Diskussionen nicht ausgeschlossen werden
- Für alle Lösungsszenarien außer dem Status Quo ist ein **geschlossenes und konzentriertes Handeln** aller Entscheidungsträger und Beteiligten **unabdingbare Grundvoraussetzung**; bei fehlendem Konsens steigen aus Einschätzung von Oliver Wyman die Umsetzungsrisiken erheblich
- Darüber hinaus muss aus Sicht von Oliver Wyman **schnellstmöglich Transparenz** über das Gesamtrisiko, die szenario-spezifische konkrete Lastenverteilung, das Gläubigerportfolio sowie das gruppeninterne Forderungsggeflecht geschaffen werden und die Umsetzungsplanung mit hoher Dringlichkeit vorangetrieben und detailliert werden
- Aufgrund des sehr kurzen Zeitraumes und der beschränkten Informationsbasis wurde die **Analyse auf Best Effort Basis** erstellt – eine umfassende Validierung der zugrunde liegenden Informationen wurde von Oliver Wyman nicht vorgenommen

Agenda

1	Ausgangssituation und Einordnung	4
2	Wesentliche Ergebnisse der Outside-In Betrachtung	7
3	Detaillierte Darstellung der Bewertung	14
	Appendix	34

Abschnitt 1 | Ausgangssituation und Einordnung

Unser Verständnis Ihrer Situation

Wesentliche Umfeldparameter

Drohende Kapitallücke in der HAA – Einschuss in Höhe von ca. €1 Mrd. bis Jahresende notwendig, um Geschäftsaufsicht zu vermeiden

3 verschiedene Optionen zum weiteren Vorgehen im Rahmen des Projekt Lux erarbeitet (Status Quo, Anstalt, Beteiligung); zusätzlich wird die Option „Insolvenz“ diskutiert

Kein einheitliches Meinungsbild und divergierende Einschätzungen hinsichtlich der Vorteilhaftigkeit der verschiedenen Optionen



Unmittelbare Entscheidungs- und Handlungsnotwendigkeit

Quelle: Oliver Wyman Analyse

© Oliver Wyman | FRA-FSP25301-022

Vor diesem Hintergrund hat Oliver Wyman auf Best Effort Basis die verschiedenen, derzeit in der Überlegung befindlichen Modelle – speziell im Hinblick auf volkswirtschaftliche Aspekte – verglichen

- Outside-In Betrachtung auf Basis der zur Verfügung stehenden Daten und Informationen
- Informationsgrundlage stellen die bekanntgewordenen Ergebnisse aus dem Projekt Lux, Erarbeitungen des Bundesministerium für Finanzen (BMF), sowie eigene Untersuchungen von Oliver Wyman dar
- Im Rahmen des kurzen Zeitraums der Erstellung dieser Stellungnahme konnte Oliver Wyman die Richtigkeit der aus dem Projekt Lux bekannt gewordenen Ergebnisse und anderer zugrunde liegender Informationen des BMF nur auf einer Best Effort Basis validieren
- Die Beurteilung erfolgt primär aus der Sicht des Gesellschafters Bund d.h. aus dem Interesse der Republik Österreich und volkswirtschaftlichen Implikationen

Quelle: Oliver Wyman Analyse

© Oliver Wyman | FRA-FSP25301-022

Abschnitt 2

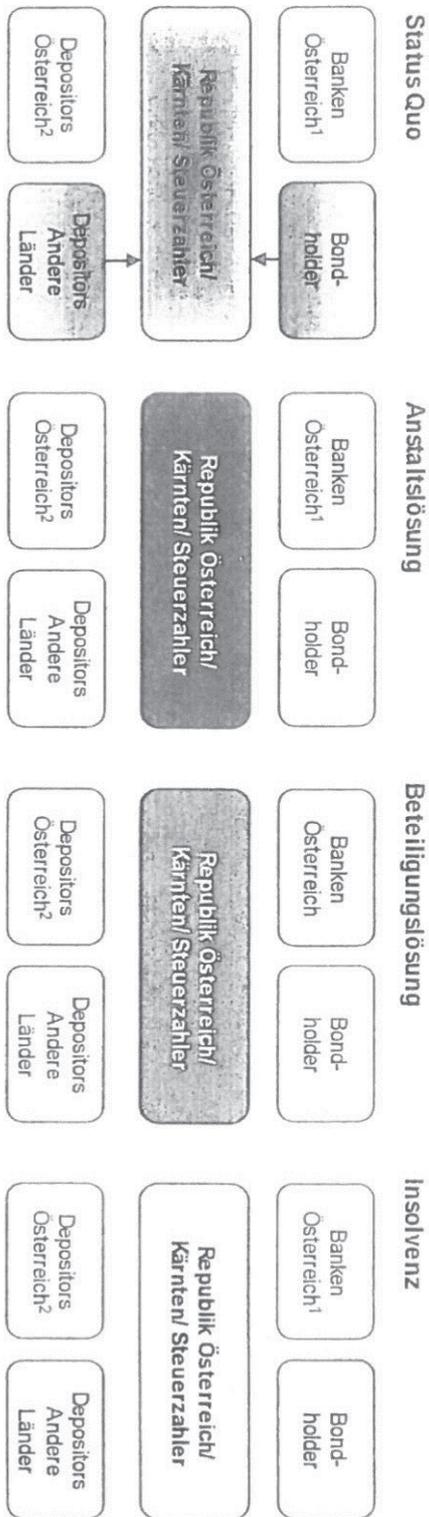
Wesentliche Ergebnisse der Outside-In Betrachtung

Wir haben auf Best Effort Basis alle Optionen unter Verwendung eines umfassenden Kriterienkatalogs geordnet bewertet

Status Quo			
Beteiligung			
Anstaltslösung			
Insolvenz			
Budgetäre Aspekte¹ (Staatschuldenstand, Budget-Defizit, Gesamtkosten)			
Volkswirtschaftliche Implikationen			
Republik Österreich	Land Kärnten	Übrige Banken	Gläubiger
<ol style="list-style-type: none"> 1 Faktischer Umfang Haftung/Risiken 2 Umsetzungsrisiken/ Komplexität, Dauer und Kosten 3 Reputation Finanzplatz 4 Rating und Refinanzierungskosten 5 Politische Implikationen und Durchführbarkeit 	<ol style="list-style-type: none"> 6 Finanzielle Position nach Entscheidung 	<ol style="list-style-type: none"> 7 Wettbewerbsimplikationen für österreichische Banken in Österreich und in SEE 8 Refinanzierungskosten 	<ol style="list-style-type: none"> 9 Einlagensicherung 10 Implikationen Pfandbriefmarkt
Aus Sicht von Oliver Wyman primäre Entscheidungskriterien			

¹ Nicht Bestandteil der dargestellten Analyse
 Quelle: Oliver Wyman Analyse

Die Anstaltslösung führt zur einer unmittelbaren und formal gültigen Konzentration der faktischen Risiken und Haftung bei der öffentlichen Hand



- Zunehmende Risikokonzentration im öffentlichen Sektor durch fortwährende Kapital/Stützungsmaßnahmen

- Formale Übernahme aller Risiken durch den öffentlichen Sektor
- Wandlung von heute nur politischer in formaljuristische Verpflichtungen (Kärnten) und Auslösen bestimmter Effekte (z. B. Rückzahlung BLB)

- Modell sieht Teilung der Risiken zwischen dem öffentlichen Sektor und den Banken vor
- Für Umsetzung jedoch wahrscheinlich hohe Zugeständnisse notwendig

- Möglichkeit zur Lastenteilung mit Bondholdern vor dem Hintergrund geringer Erfolgsaussichten für alternative Szenarien (Exkution gegen Kärnten mit geringen Erfolgsaussichten)

Ergebnis • Übertragung aller Risiken auf die öffentliche Hand kann nicht verhindert werden

- Risiken werden durch die Konstruktion selbst umfassend auf die öffentliche Hand übertragen

- Lastenübernahme des Privatsektors wahrscheinlich deutlich geringer als im Modell angelegt beabsichtigt

- Eröffnet die Option, andere Stakeholder in die Lastenteilung miteinzubeziehen und Gesamtbelastung der öffentlichen Hand zu reduzieren

¹ Banken Österreich werden in allen Szenarien über die Bankenabgabe mittelbar an den Risiken beteiligt
² Aufgrund des geringen Volumens in Österreich in allen Szenarien nicht nur sehr gering betroffen
 Quelle: Oliver Wyman Analyse



Übersicht der Einschätzung der volkswirtschaftlichen Effekten aus Sicht von Oliver Wyman

Thema	Status Quo	Anstatt	Beteiligungslösung	Insolvenz
1 Faktischer Umfang Haftung/ Risiken	--	--	+/-	+
2 Umsetzungsrisiken	+	-	--	-
3 Reputation Finanzplatz	--	-	-	+
4 Rating und Refinanzierungskosten	--	--	-	-
5 Politische Implikationen und Durchführbarkeit	✗	-	-	+
6 Finanzielle Position Kärnten (aus Sicht des Bundes)	--	--	--	+
7 Wettbewerbssituation Österreichischer Banken	-	-	-	+
8 Refinanzierungskosten Österreichischer Banken	-	+/-	-	+/-
9 Einlagensicherung	-	-	+/-	+
10 Pfandbriefmarkt	-	-	-	+/-
Einschätzung Oliver Wyman grundsätzliche Durchführbarkeit	✗	✓	~	✓

Legende

+ Positive Auswirkung
- Negative Auswirkung

-- Stark negative Auswirkung
+/- Auswirkung nicht eindeutig

✗ Ausschlusskriterium
~ Starke Divergenz zwischen Modell und tatsächlicher Umsetzung

Quelle: Oliver Wyman Analyse

Alle 4 derzeit diskutierten Lösungen beinhalten darüber hinaus Unsicherheiten, die weiter abgedeckt werden müssen

Thema	Status Quo	Anstalt	Beteiligungslösung	Insolvenz
Wesentliche Unsicherheiten	<ul style="list-style-type: none"> • Höhe und Timing der zukünftig notwendigen Stützungsmaßnahmen über die nächsten Jahre • Neue Maßnahmen könnten in absehbarer Zeit den Rahmen des bisher genehmigten EU – Restrukturierungsprogramms sprengen – Veränderungen von Restrukturierungsprogrammen typischerweise mit weiteren Prüfungen verbunden 	<ul style="list-style-type: none"> • Durchführbarkeit Sondergesetzgebung • Höhe der absoluten Kosten und Vorteilhaftigkeit • Verkaufbarkeit von Assets aus einer Anstaltslösung heraus (aufgrund von verbleibenden Rechtsrisiken) • Risiken im Bereich Dienstnehmer Akzeptanz der Lösung durch die Europäische Kommission • Zeitlicher Verzug durch Verabschiedung der Sondergesetzgebung 	<ul style="list-style-type: none"> • Möglichkeit, den BSF zum Privatsektor zuzuordnen • Erfüllung der EU Auflage, in der Bad Asset Wind Down Einheit über die Laufzeit keine weiteren Verluste zu erzielen • Mitwirkung der österreichischen Banken und der BayernLB bei der Finanzierung/ Etablierung des Bankenstabilisierungsfonds • Faktisch keine/ sehr geringe ex-ante Verlustübernahme durch die Banken • Zeitliche Verzögerung bei der Umsetzung • Zeitlicher Verzug durch Verabschiedung der Sondergesetzgebung 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorübergehender Anstieg der Volatilität im österr. Länderrisiko - Aufschlag sofern kein klarer Ablaufplan kommuniziert wird • Gefahr eines Bank Runs in den Kern-SEE Ländern (Kroatien, Bosnien, Serbien) • Zugriff auf Forderungen an Tochter-Banken – Werthaltigkeit und damit Bedeutung jedoch zu prüfen
Mögliche Mitigationsmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Keine 	<ul style="list-style-type: none"> • Sorgfältige Vorbereitung und Umsetzungsplanung 	<ul style="list-style-type: none"> • Weitere Prüfung der Zuordnung Gespräche und Zugeständnisse mit der BayernLB und den österreichischen Banken • Sorgfältige Vorbereitung und Umsetzungsplanung • Granulare Verlustprognose auf Exposure Ebene • Übertragung der NPLs zu Marktpreisen (z. B. SARREB) 	<ul style="list-style-type: none"> • Pre-packaged Insolvenz – geordnete Vorbereitung und Vorabinformation der betroffenen Stakeholder – insbesondere Abstimmung mit den wesentlichen Kreditoren • Gezielte Stärkung/ Absicherung von gefährdeten Teilen des SEE Netzwerkes • Mitigation der potentiell erhöhten Länder-Refinanzierungskosten durch Finanzierung über Bundesfinanzierungsagentur möglich

Quelle: Oliver Wyman Analyse

© Oliver Wyman | FRA-FSP25301-022

Oliver Wyman empfiehlt eine weitere Detaillierung der Umsetzungsplanung von 2 präferierten Optionen vor einer finalen Entscheidung

Ausgangssituation

- Das Projekt Lux hat eine wertvolle Grundlage geschaffen, indem grundlegende Möglichkeiten aufgezeigt wurden
- Mit der Option „Insolvenz“ wurde der mögliche Lösungsraum erweitert
- Bei der Entscheidung muss ein komplexes Geflecht an Wirkungszusammenhängen und verschiedenen Parametern berücksichtigt werden – eine umfassende Bewertung der verschiedenen Optionen auf Basis eines umfassenden Kriterienkataloges ist Grundlage für eine fundierte Entscheidung

Externe Perspektive zu den nächsten Schritten

- Eingrenzung des Lösungsraumes auf 2 präferierte Modelle zur Komplexitätsreduktion
- Weiterentwicklung von 2 präferierten Modellen und eine weitere Detaillierung der Implikationen aus verschiedenen Perspektiven
- Umsetzungsplanung für die 2 präferierten Modelle, um sicherzustellen, dass wesentliche Umsetzungsrisiken und -fragstellungen bereits bei der Entscheidung für ein Modell berücksichtigt werden

➤
**Möglichkeit zur
weiteren
Verbesserung der
Entscheidungs-
qualität**

Quelle: Oliver Wyman Analyse

© Oliver Wyman | FRA-FSR25301-022

Unabhängig vom gewählten Umsetzungsszenario müssen aus Sicht von Oliver Wyman weitere Aktivitäten dringend angestoßen werden

Erhöhung Transparenz

Status Quo

- Transparenz über das aktuelle Gläubigerportfolios (Identität der Gläubiger, Höhe der Anteile, Veränderungen)
- Transparenz über die gruppeninterne Verflechtungen, insbesondere zwischen HAA und Tochtergesellschaften

Vorausschau

- Abschätzung bzw. Validierung der zu erwartenden Gesamtverluste bis zur vollständigen Abwicklung der Hypo Alpe Adria (Loss-Forecasting)
- Analyse über Umfang und Timing der von den verschiedenen Stakeholdern zu übernehmenden Verlusten (für die unterschiedlichen Szenarien)
- Planbilanz (inkl. Entwicklung im Zeitablauf) für HAA im Zielbild

Umsetzungsplanung

Aktivitätenplanung

- Umfassende Umsetzungsplanung mit hinreichend tangiblesm Detaillierungsgrad (Zeitplan, Ressourcen, Abhängigkeiten, Kosten, etc.)
- Identifikation der wesentlichen Risiken und Vorbereitung der relevanten Mitigationsmaßnahmen

Kommunikation

- Verbindlicher Kommunikationsplan (mit klarer Zustimmung aller beteiligten Parteien)
- Start der Diskussionen und Verhandlungen mit den Gläubigern und Schuldnern
- Optionsdiskussionen mit EU-Vertretern

SEE Netzwerk

- Entwurf des Lösungsansatzes für das SEE Netzwerk
- Pro-aktive Ansprache der Partner in den SEE Ländern zur Synchronisierung des weiteren Vorgehens

Quelle: Oliver Wyman Analyse

© Oliver Wyman | FRA-FSP25301-QZ2

Abschnitt 3

Detaillierte Darstellung der Bewertung

1 Faktischer Umfang Haftung/ Risiken Republik Österreich: Faktischer Umfang der Risiken, Haftung und Belastungen der öffentlichen Hand im Fall der Anstaltslösung am höchsten

Thema	Status Quo	Anstalt	Beteiligungslösung	Insolvenz
Positives	<ul style="list-style-type: none"> N/A 	<ul style="list-style-type: none"> Bei erfolgreicher Gestaltung außerhalb der EU-Finanzholding-Definition keine Notwendigkeit für separaten Ausweis von Kapital in ein separaten legalen Einheit 	<ul style="list-style-type: none"> Teilung des Risikos mit den österreichischen Banken im Modell theoretisch möglich 	<ul style="list-style-type: none"> Verbreiterung der Gruppe, auf die Lasten verteilt werden können Möglichkeit zur Reduzierung der Risiken des Bundes z. B. durch Tauschangebot an Eigentümer von Kärnten-Anleihen
Negatives	<ul style="list-style-type: none"> Risiken gehen zunehmend, unaufhaltsam und nicht kontrollierbar von anderen Stakeholdern auf die öffentliche Hand und insbesondere auf den Bund und Steuerzahler über 	<ul style="list-style-type: none"> Risiken werden bewusst auf die öffentliche Hand transferiert und in manchen Fällen sofort schlagend (Bsp.: Auszahlung BayernLB) Mögliche Schaffung eines Anreizes für Klagen in der Hoffnung auf die großen finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand Erschwerte Verwertbarkeit von Assets aufgrund von latenten Rechtsrisiken Kosten werden schlussendlich von Banken über Bankenaufgabe signifikant mitgetragen – langfristig negative Auswirkung auf Wettbewerbsfähigkeit und Finanzplatz Österreich 	<ul style="list-style-type: none"> Wahrscheinlich Aufgabe der Einnahmen aus der Bankenaufgabe und weitere Zugeständnisse notwendig um Lösung für die Banken ökonomisch attraktiv zu gestalten und umsetzen zu können Wirksamkeit und ausreichende „Dicke“ des Mezzanine Kapitals zu validieren Ex-ante Risikobeteiligung der privaten Banken wahrscheinlich deutlich geringer als im Modell angedacht 	<ul style="list-style-type: none"> Umwandlung bestehender Ansprüche in Konkursansprüche (insbesondere BayernLB Loan) Mögliche rechtliche Risiken bei nicht ausreichender Vorbereitung
Gesamtbeurteilung Vorteilhaftigkeit	--	--	+/-	+

Quelle: Oliver Wyman Analyse

© Oliver Wyman | FRA-FSP25301-022

1 Faktischer Umfang Haftung/ Risiken

Fallstudie AIB und RBS: Faktischer Umfang für Haftung und Risiken im Fall des Status-Quo (weitergehende Nationalisierung)

Allied Irish Bank



Investitionen

- 2008 – Die Irische Regierung erklärt bis zu €2Mrd in AIB investieren zu wollen
- 2009 – Die Irische Regierung gibt bekannt €3,5Mrd bereitzuhalten
- 2010 – Die Irische Regierung investiert €3,7Mrd in AIB (die Investition erfolgt über den öffentlichen Pensionsfond)
- 2011 - Weitere €6Mrd werden für AIB bereitgestellt, um eine Kapitalquote von 12% zu erreichen (Irland bietet um finanzielle Unterstützung durch den EFSF und IMF¹)

Jährliche Verlustergebnisse

- 2009 - €2,4Mrd/ 2010 - €10,2Mrd/ 2011 - €2,3Mrd/ 2012 - €3,6Mrd

Situation heute

- Die Irische Regierung hält 99,8% an AIB
- Großteile des Portfolios wurden an NAMA¹ übertragen (~€21Mrd), oder abgeschrieben
- Mehrere Reorganisationsen der Bankstruktur wurden vorgenommen (>5000 Arbeitsplatzverluste)
- Die Re-privatisierung ist für 2015 geplant



Royal Bank of Scotland



Investitionen

- 2008 – Die Britische Regierung investiert £20Mrd in RBS (für 57% Aktienanteil)
- 2009 – Die Konvertierung von Vorzugsaktien der Regierung in Stammaktien erhöht deren Aktienanteil auf 70%
 - Das Britische Finanzministerium injiziert weitere £25,5Mrd in der Form von B-Shares und erhöht damit den eigenen Aktienanteil auf > 81%)

Jährliche Verlustergebnisse

- 2008 - £24Mrd (der größte Verlust in der Britischen Unternehmensgeschichte)/ 2009 – £2,7Mrd/ 2010 - £1,0Mrd/ 2011 - £2Mrd/ 2012 - £5,7Mrd

Situation heute

- Die Britische Regierung hält 81% an RBS
- Anhaltende negative Presse häufig fokussiert auf RBS (z.Bsp. Bonusfrage, PPI, LIBOR, Lohnvergabepraktiken, etc.)
- Mehrere Restrukturierungsunden wurden durchgeführt (~40.000 Arbeitsplatzverluste)
- Die Britische Regierung hofft, RBS 2014 in private Eigentümerschaft zu überführen



¹ EFSF: European Financial Stability Facility/ IMF: Internationaler Währungsfonds/ NAMA: National Asset Management Agency
Quellen: Capital IQ, AIB investor relations, RBS investor relations, IMF, Zentralbankhand, Bank of England, Oliver Wyman Analyse

1 Faktischer Umfang Haftung/ Risiken

Bei der Beteiligungslösung muss in der tatsächlichen Umsetzung mit einer deutlich niedrigeren Risikoübernahme als im Modell vorgesehen gerechnet werden

Oliver Wyman Verständnis des Modells Beteiligungslösung

- Einrichtung einer Abbaugesellschaft, die zu 100% durch einen Beteiligungsfonds getragen wird
- Beteiligungsfonds wird anteilmäßig vom Staat und privaten Banken getragen
- Abbaugesellschaft übernimmt Risiken und Verpflichtungen der HAA (und insb. auch der HBint)

Rolle der freiwilligen Zustimmung der Banken

- Beteiligung der Banken erfolgt auf freiwilliger Basis
- Vor dem Hintergrund der Verpflichtungen gegenüber ihren eigenen Eigentümern können Banken einer Beteiligung an dem Beteiligungsfonds nur zustimmen, sofern dies ein für sie wirtschaftlich vorteilhafte Transaktion darstellt
- Um eine wirtschaftlich vorteilhafte Transaktion zu gestalten, sind mit hoher Wahrscheinlichkeit Zugeständnisse des Bundes an die Banken notwendig (Reduktion Bankenabgabe, Reduktion der übernommenen Risiken durch Absicherung bestimmter Risiken durch Bundesgarantien, etc.)

Mögliche Implikationen

- Die von den privaten Banken ex-ante übernommene faktische Haftung könnte deutlich geringer sein als im Modell angenommen
- In Summe könnte die Beteiligungslösung für den Bund bei Berücksichtigung der Zugeständnisse wirtschaftlich unvorteilhaft sein

Quelle: Oliver Wyman Analyse

© Oliver Wyman | FRA-FSP25301-Q22

2 Umsetzungsrisiken/ Komplexität, Dauer und Kosten
Republik Österreich: Umsetzungsrisiken und -komplexität: Höchste Risiken und Komplexität bei der Beteiligungslösung (1/2)

Thema	Status Quo	Ansatz	Beteiligungslösung	Insolvenz
Positives	<ul style="list-style-type: none"> • N/A 	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Hand erlangt vollständige Kontrolle über die Assets und erhält die Möglichkeit den Prozess voranzutreiben 	<ul style="list-style-type: none"> • Ähnliche Modelle (jedoch vorrangig als Sektorfösung für mehrere Banken, nicht für Einzelbanken) bereits in anderen Ländern umgesetzt 	<ul style="list-style-type: none"> • Bestehende Rechtsordnung und Rechtsmittel können zur Anwendung gebracht werden • Bessere Veräußerbarkeit der Assets ohne weitere Rechtsansprüche • Insolvenz von Gebietskörperschaften auch in anderen Jurisdiktionen bereits erfolgreich durchgeführt (z. B. Gemeinde Leukerbad)
Negatives	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterhin nur begrenzte Einflussmöglichkeiten der öffentlichen Hand bei gleichzeitig faktisch voller Haftung • Voraussichtlich zunehmend operative Schwierigkeiten bei Ausweitung der Verluste (z. B. Staff Retention) 	<ul style="list-style-type: none"> • Sondergesetzgebung und gesetzliche Begleitmaßnahmen müssen zunächst durchgeführt und geprüft werden - zeitaufwändiger Prozess • Wahrscheinlich geringere Flexibilität und höhere Kosten beim Management der neuen Einheit durch Charakter als Bundes-Unternehmen (Bsp.: Dienstnehmer) • Mögliche negative Implikationen auf die Veräußerbarkeit von Assets • Notwendigkeit zur Ausgliederung des SEE Netzwerkes 	<ul style="list-style-type: none"> • Beteiligungslösung stellt verhältnismäßig hohe Anforderungen an die Umsetzung • Mögliche Verzögerungen in der Umsetzung • Veräußerung von Assets könnte durch mögliche legacy-Ansprüche erschwert werden und mögliche Investoren abschrecken • Konkrete Ausgestaltung noch ausstehend und wahrscheinlich komplex • Bedarf längerer Umsetzung, da u.a. eine sondergesetzliche Lösung zur Deregulierung im Privatisierungsmodell notwendig ist 	<ul style="list-style-type: none"> • Risiken liegen vor allem in der Reaktion der bestehenden Bondholder sowie in der politischen Reaktion von anderen öffentlichen Körperschaften (insbesondere Bayern und SEE) • Durch umfassende Vorbereitung können Umsetzungsrisiken mitigiert werden
Gesamtbeurteilung	+	-	--	-
Vorteilhaftigkeit				

Quelle: Oliver Wyman Analyse

© Oliver Wyman | FRA-FSP25301-022

- 2 Umsetzungsrisiken/ Komplexität, Dauer und Kosten

Deepdive: Bedeutung und Umsetzungsaspekte SEE Netzwerk

Bedeutung des SEE Netzwerkes

Thema	Status Quo	Anstatt	Beteiligung	Insolvenz
Komplexität laufender Betrieb	Hoch	Hoch	Hoch	Hoch
Komplexität Umsetzung Szenario	N/A	Hoch	Hoch	Niedrig
Risiken aus Banken des SEE Netzwerkes für den Bund	Hoch	Hoch	Hoch	Geteilt mit anderen Stakeholdern
Risiko Bank Run in SEE	Niedrig	Niedrig	Niedrig	Möglich
Abhängigkeit von Dritten bei Maßnahmen	Hoch	Hoch	Hoch	Gering

- Das SEE Netzwerk ist eine Quelle von Komplexität für alle Lösungsszenarien
- Die Ausgliederung und/ oder Verkauf des SEE Netzwerkes würden daher in allen Szenarien zu Risiko- und Komplexitätsreduktion führen

Quelle: Oliver Wyman Analyse

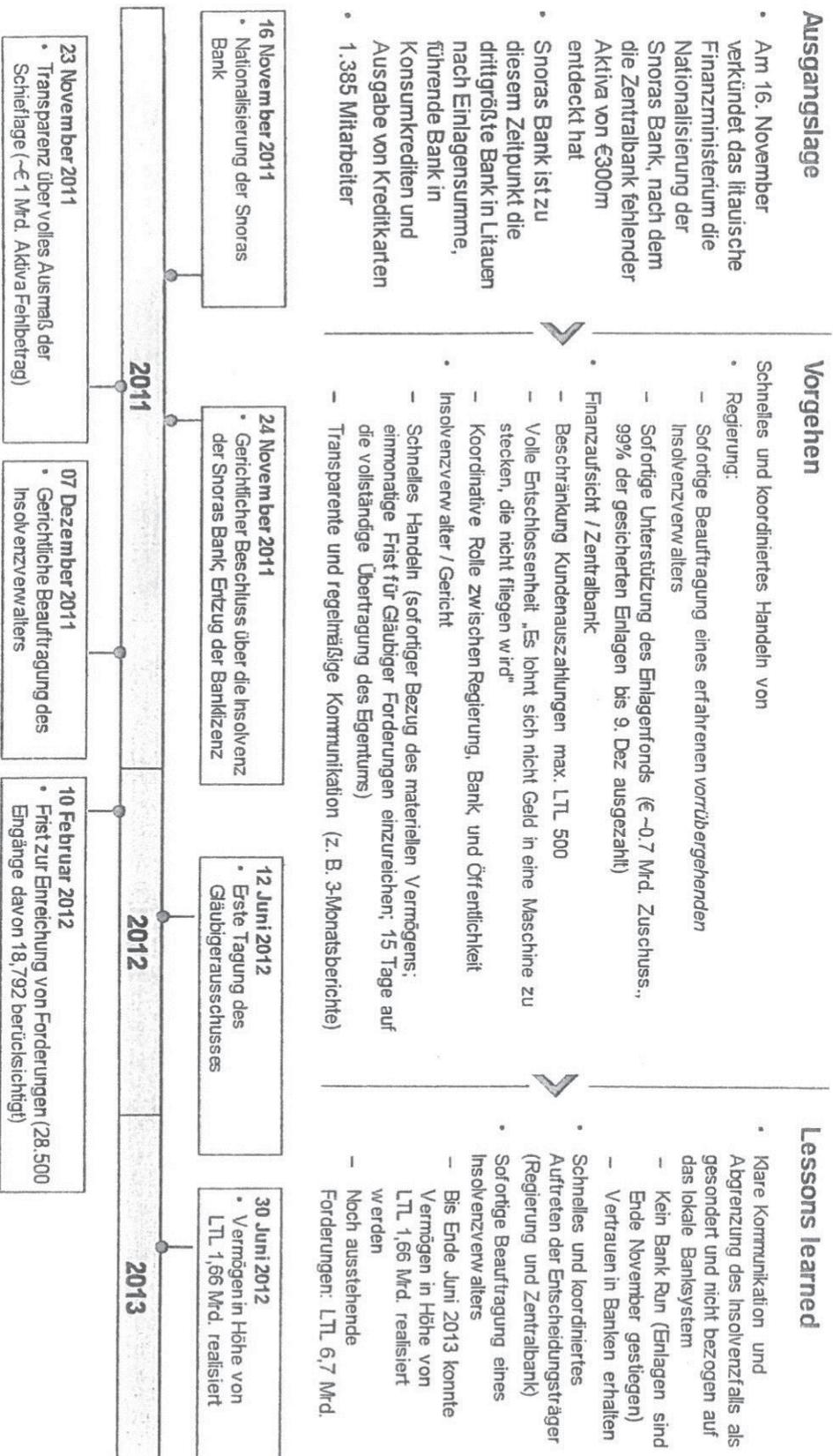
© Oliver Wyman | FRA-FSP25301-Q22

Aspekte zur Behandlung des SEE Netzwerkes in der Umsetzung

- Eine geringe Abhängigkeit von anderen Beteiligten unterstützt die Handlungsfähigkeit im Bezug auf das SEE Netzwerk
- Über das Risikoprofil der SEE Banken sowie die gruppeninternen Verflechtungen von Refinanzierungen und Risikoübernahmen zwischen SEE Banken und HBint (z. B. auch Project „Brush“) muss Transparenz geschaffen werden, um mögliche Handlungsnotwendigkeiten in den verschiedenen Szenarien abzuleiten
- Das möglichen Risiko eines Bank Runs in den SEE Ländern in einem Insolvenzscenario muss durch geeignete Maßnahmen mitigiert werden
 - Frühzeitige und bestimmte Kommunikation an die Öffentlichkeit
 - Abstimmung mit den relevanten Gebietskörperschaften
 - Glaubwürdige und belastbarer „Backstop“ für die Depositors in SEE Ländern (z. B. Verkauf der Deposits an Dritte, „Auflösung“)

2 Umsetzungsrisiken/ Komplexität, Dauer und Kosten

Fallstudie litauische Snoras Bank (1/2): Eine Insolvenz muss nicht ungeordnet sein, aber eine gute Vorbereitung ist essentiell



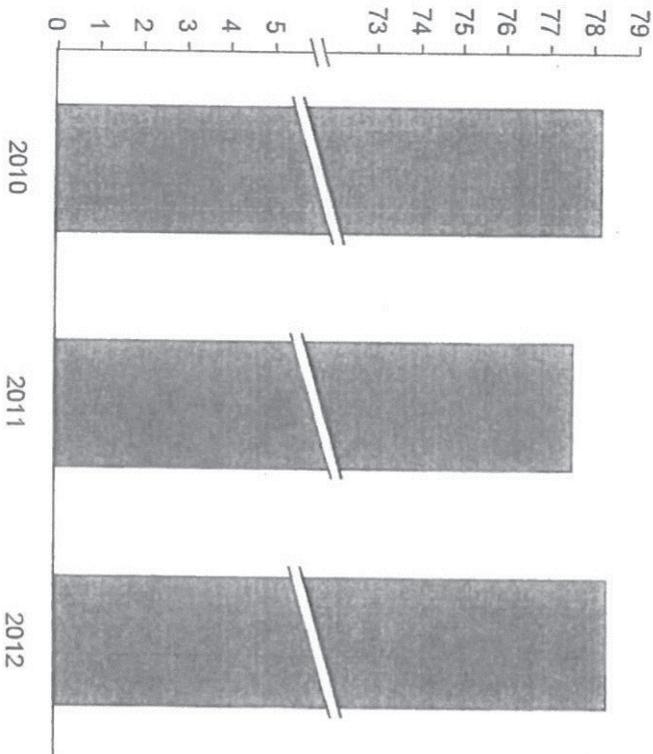
Quelle: Insolvenzbericht, Presseberichte, Wall Street Journal, Bloomberg, OliverWyman Research

2 Umsetzungsrisiken/ Komplexität, Dauer und Kosten
Fallstudie litauische Snoras Bank (2/2): Der Insolvenzvorfall wurde positiv von internationalen Stakeholder bewertet und hat den lokalen Bankenmarkt nicht nachhaltig geschadet

Reaktion internationaler Stakeholder

Zufriedenheit litauischer Bankenkunden
 Business to Customer Sektor, 2010-2012; EPSI Baltic

- „Die Intervention bei der Snoras Bank hat eine wesentliche Bedrohung für die Finanzstabilität des Landes beseitigt“
 - Internationaler Währungsfonds
- „Die Auflösung der Sonars Bank wird positiv von der Öffentlichkeit aufgenommen und verdeutlicht den unbestrittenen Rückhalt für das Handeln der Regierung, Zentralbank und der Präsidentin. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die unternommene Maßnahmen das Vertrauen in das litauische Bankensystem in der langen Frist stärken“
 - Nordea Economic Research
- „Die Stilllegung von Snoras ist relativ ordnungsmäßig verlaufen (...) Dank dem schnellen Handeln der Behörden konnte ein Run auf das Bankensystem vermieden werden(...)“
 - The Economist



Quelle: Internationaler Währungsfonds, Concluding Statement for the 2013 Article IV Consultation, 11.03.2013; Nordea Economic Research 28.11.2011; The Economist 12.01.2012; EPSI Baltic

3 Reputation Finanzplatz

Republik Österreich: Reputationsrisiken sind in allen Szenarien gegeben/es gibt Argumente für positive wie negative Auswirkungen in allen Szenarien

Thema	Status Quo	Ansatz	Beteiligungslösung	Insolvenz
Positives	<ul style="list-style-type: none"> N/A - „Nichts-Tun“ bringt keine erkennbaren Vorteile; positive Wahlnehmung dieser Handlungsoption sehr unwahrscheinlich 	<ul style="list-style-type: none"> Entschlossenes Handeln Umfängliche und „grundliche“ Lösung des Problemfalls HAA 	<ul style="list-style-type: none"> Im Modell: Lösung des Problems innerhalb des Banksektors ggf. in der öffentlichen Meinung positiv bewertet 	<ul style="list-style-type: none"> Entschlossenes Handeln Nutzung des vorhandenen Rechtsinstrumentariums Grundlegende Voraussetzung ist eine geordnete, gutvorbereitete Abwicklung Kosten der Abwicklung werden durch ein gerichtliches Verfahren fair verteilt - geringe Einmischung der Politik
Negatives	<ul style="list-style-type: none"> Weitere Stützungsmaßnahmen können nicht ausgeschlossen werden – schlechter Track-record der Einschätzung in der Vergangenheit Implikationen auf die Handlungsfähigkeit der Regulierung und der Aufsicht Bild des „Fass ohne Bodens“ und der „Hypo-Bombe“ kann ohne Eingreifen nicht beseitigt werden 	<ul style="list-style-type: none"> Volle Risikoübernahme des Bundes könnte als einseitige Belastung von Steuergebern gewertet werden Problem wird in der öffentlichen Meinung „verstaatlicht“, dem Steuerzahler angelastet und „unter den Teppich gekehrt“ Widerspricht dem Geiste des neuen europäischen Beihilfeverfahrens (burden sharing und decoupling) 	<ul style="list-style-type: none"> In der tatsächlichen Umsetzung ist nur mit einer geringen faktischen Beteiligung der lokalen Banken und der BLB zu rechnen Umsetzung der Beteiligungslösung mit hohen Zugeständnissen könnte als Variante der Anstaltslösung wahrgenommen werden 	<ul style="list-style-type: none"> „Hätte man es nichtfrüher machen können/ müssen/ sollen?“
Gesamtbeurteilung	- -	-	-	+
Vorteilhaftigkeit	- -	-	-	+

Quelle: Oliver Wyman Analyse

© Oliver Wyman | FRA-FSP25301-022

4 Rating und Refinanzierungskosten
Republik Österreich: Im Länderratingansatz der großen Ratingagenturen stehen fiskale Faktoren und der Bankensektor neben verschiedenen anderen Kriterien

FitchRatings

- Demografie
- Arbeitsmarkt
- Produktion und Handel
- Dynamik des Privatsektors
- Angebot und Nachfrage
- Zahlungsbilanz
- Wachstumsaussichten
- Makroökonomische Politik
- Handels- und Investitionspolitik
- Banken- und Finanzsektor
- Externe Aktiva (assets)
- Externe Passiva (liabilities)
- Politik und Staat
- Internationale Position

STANDARD & POORS

- Politisches und ökonomisches Profil**
- Politische Faktoren
 - Verlässlichkeit
 - Transparenz
 - Wachstumspolitik
 - Wirtschaftsfaktoren
 - Einkommen
 - Wachstumsaussichten
 - Diversifizierung und Volatilität
- Flexibilität und Leistungsfähigkeit**
- Externe Faktoren
 - Währungsstärke
 - Liquidität
 - Auslandsschulden
 - Fiskalfaktoren
 - Defizitentwicklung
 - Schuldenstand
 - Finanzielle Flexibilität
 - Monetäre Faktoren
 - Inflation
 - Einfluss der Geldpolitik
- Außerordentliche Faktoren**

MOODY'S

- Wirtschaftliche Stärke**
- Wirtschaftsgröße und Diversifizierung
 - Wirtschaftswachstum und Volatilität
 - Wettbewerbsfähigkeit
- Institutionelle Stärke**
- Governance
 - Politische Vorhersagbarkeit
- Fiskale Stärke**
- Gesamtschuldenquote
 - Defizit
 - Finanzierungsstruktur
- Anfälligkeit für Ereignisrisiko**
- Politisches Risiko
 - Risiken im Bankensektor
 - Externe Anfälligkeit

Quelle: FitchRatings, Standard & Poors, Moody's, Oliver Wyman Analyse

**4 Rating und Refinanzierungskosten
 Republik Österreich: Unabhängig von Szenario werden zusätzliche Belastungen transparent, die die Ratingeinschätzung negativ beeinflussen könnten**

Thema	Status Quo	Anstalt	Beteiligungslösung	Insolvenz
Positives	<ul style="list-style-type: none"> Passivseite der HAA wird weiterhin dem Privatsektor zugerechnet Belegt starkes Commitment des Sovereigns für den Bankensektor 	<ul style="list-style-type: none"> Keine weitere Transfers in die Bank now endig Risiken und Kosten sind nach dem Transfer nicht mehr sichtbar und gehen aufgrund der Größe im Gesamthaushalt „unter“ 	<ul style="list-style-type: none"> Passivseite kann unter Umständen (erfolgreiche Umsetzung, Genehmigung der Zurechnung, etc.) dem Privatsektor zugerechnet werden Übernahme von Teilen der Risiken durch den Privatsektor in Höhe der Beteiligung der österreichischen Banken 	<ul style="list-style-type: none"> Übernahme von Teilen der Risiken von einer breiteren Stakeholder-Gruppe Summe der übernommenen Lasten liegt unter der im Modell Anstalt Starke Reduktion der Unsicherheit durch Realisierung der Effekte Pro-aktive Lösung innerhalb des bestehenden Rechtsrahmen
Negatives	<ul style="list-style-type: none"> Hohe Gefahr von weiteren Kapitalzuschüssen in unklarer Höhe und Timing Nicht-Tun könnte als Risikofaktor für die finanzielle Position der Republik Österreich bewertet werden 	<ul style="list-style-type: none"> Passivseite erhöht unmittelbar und in vollem Umfang die Staatsverschuldung Vor Umwandlung in eine Anstalt muss Kapital zugeführt werden Möglicher periodischer Blick auf die Risiken könnte Umfang und Schwierigkeiten transparent machen Kann als Präzedenzfall für andere Banken gewertet werden und als Folge wird der gesamte Bankensektor als latentes Risiko des Staates wahrgenommen (kein decoupling) 	<ul style="list-style-type: none"> Kann als Präzedenzfall für andere Banken gewertet werden und als Folge wird der gesamte Bankensektor als latentes Risiko des Staates wahrgenommen (kein decoupling) 	<ul style="list-style-type: none"> Verlust Lastenübernahme insbesondere der Haftung von Kärnten wird unmittelbar sichtbar und realisiert Vorübergehender Anstieg der Volatilität des österreichischen Länderrisiko-Aufschlags Möglicher zeitweiser Anstieg der Refinanzierungskosten der Bundesländer
Gesamt- beurteilung Vorteilhaftigkeit	--	--	-	-

Anstaltslösung und Status Quo belasten die Faktoren tendenziell mehr als die anderen beiden Modelle

Quelle: Oliver Wyman Analyse

© Oliver Wyman | FRA-FSP25301-022

5 Politische Implikationen und Durchführbarkeit
Republik Österreich: Politische Implikationen: Insolvenzlösung sollte in Summe bei rein objektiver Betrachtung die höchste Akzeptanz haben

Thema	Status Quo	Ansatz	Beteiligungslösung	Insolvenz
Positives	<ul style="list-style-type: none"> N/A 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Beeinträchtigung Dritter durch vollständige Übernahme aller Risiken und Verluste und Haftung Kein Widerstand / Unterstützung von BayernLB und österreichischen Banken 	<ul style="list-style-type: none"> Öffentliche Meinung könnte Beteiligungslösung als Lösung innerhalb des Banksektors positiv wahrnehmen 	<ul style="list-style-type: none"> Verteilung der Lasten auf unterschiedliche Stakeholder (insbesondere Bondholder und ggf. ausländische Gebietskörperschaften) Entspricht dem Geist der neuen europäischen Beihilfe-Richtlinien Wahrscheinlich stark positive Wahrnehmung in der öffentlichen Meinung
Negatives	<ul style="list-style-type: none"> Neue Maßnahmen werden in absehbarer Zeit den Rahmen des bisher genehmigten EU – Restrukturierungsprogramms sprengen – Veränderungen von Restrukturierungsprogrammen typischerweise mit weiteren Prüfungen verbunden Kein Verständnis in der öffentlichen Meinung 	<ul style="list-style-type: none"> Widerspricht dem grundsätzlichen Schwank von Bail-out zu Bail-in der Europäischen Kommission Alleinige Belastung des Steuerzahlers nur schwer kommunizierbar Zustimmung der BayernLB notwendig 	<ul style="list-style-type: none"> Zustimmung der Österreichischen Banken aufgrund wahrgenommener einseitiger Belastung unwahrscheinlich Kompatibilität mit europäischen Beihilfe-Richtlinien zu prüfen Zustimmung der BayernLB notwendig 	<ul style="list-style-type: none"> SEE Länder mit möglichen negativen Folgen aus der Insolvenz der Mutter von lokalen Banken – insbesondere für EU Beitrittskandidaten relevant Bei weiteren Kapitaleinschüssen zunehmend schwerer zu rechtfertigen Benachteiligung der BayernLB gegenüber anderen Szenarien könnte zu weiteren politischen Herausforderungen führen
Gesamtbeurteilung		x	-	+
Vorteilhaftigkeit				

Quelle: Oliver Wyman Analyse

© Oliver Wyman | FRA-FSP25301-022

Land Kärnten: Finanzielle Position Kärntens nach Entscheidung (aus Sicht des Bundes)

Thema	Status Quo	Anstalt	Beteiligungslösung	Insolvenz
Positives	• N/A	• Kärnten trägt nach der Umsetzung keine Verbindlichkeiten mehr	• Kärnten trägt nach der Umsetzung keine Verbindlichkeiten mehr	• Abhängig von der Akzeptanz eines möglichen Umtauschgebots reduziert sich die vom Bund zu übernehmende Haftungen • Mögliche Erhöhung der Fiskaldisziplin bei zukünftig stärkerer Refinanzierung der Bundesländer über die Bundesfinanzagentur
Negatives	• Unveränderte hohe Landeshaftung für Verbindlichkeiten der HBint • Hohe Unsicherheit über Schlagendwerden der Ausfallsbürgschaft	• Ausfallsbürgschaft wird implizit vom Bund übernommen	• Ausfallsbürgschaft wird in direkte Garantie des Bund verwandelt	• Möglicher zeitweiser Anstieg der Refinanzierungskosten der anderen Bundesländer • Scheitert das Umtauschangebot könnte der Bund ggf. aus politische Gründen gezwungen sein für die Ausfallsbürgschaft einzuspringen
Gesamtbeurteilung	--	--	--	+
Vorteilhaftigkeit				
Anmerkung	Neue Refinanzierung der Bundesländer über Österreichische Bundesfinanzierungsagentur bedeutet, dass Bundesländer zukünftig nicht mehr eigenständig am Markt auftreten müssen und daher eine negatives Durchschlagen auf die Refinanzierungskosten mitgliedert werden kann			

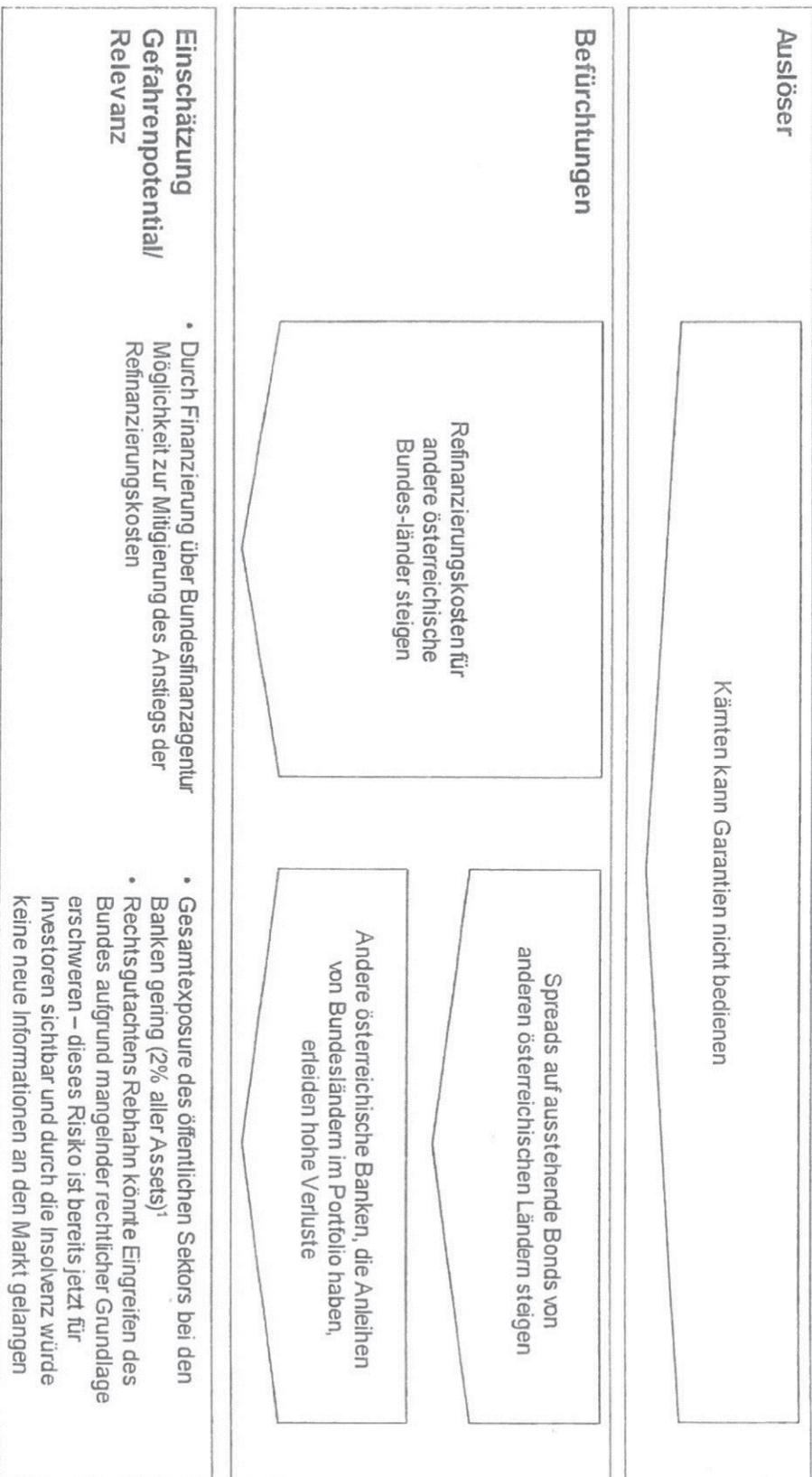
Quelle: OliverWyman Analyse

© OliverWyman | FRA-FSP25301-022

6 Finanzielle Position nach Entscheidung

Die Spillover Effekte aus der finanziellen Situation Kärntens auf andere österreichische Länder sind wahrscheinlich nur von geringer Bedeutung

Spillover eines Ausfalls von Kärnten



¹ IMF Country Report No. 13/283, Austria: Financial Sector Stability Assessment; September 2013

Quelle: Oliver Wyman Analyse

7 Wettbewerbsimplikationen für österreichische Banken in Österreich und in SEE
Banken: Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Banken

Thema	Status Quo	Anstalt	Beteiligungslösung	Insolvenz
Positives	<ul style="list-style-type: none"> • Vermeidung negativer Reputation österreichischer Banken in SEE Ländern 	<ul style="list-style-type: none"> • Vermeidung negativer Reputation österreichischer Banken in SEE Ländern 	<ul style="list-style-type: none"> • Vermeidung negativer Reputation österreichischer Banken in SEE Ländern 	<ul style="list-style-type: none"> • Trotz Möglichkeiten zur gezielten Unterstützung anderer österreichischer Banken in relevanten SEE Ländern ggf. Spillover Effekte
Negatives	<ul style="list-style-type: none"> • Mögliche Zweifel an der Risikotragfähigkeit und allgemeinem Zustand des Banksystems bei Nicht-Handeln • Mögliche Zweifel an der Nachhaltigkeit, Willen und Fähigkeit des Bundes den Status Quo aufrechtzuerhalten und ggf. auf weitere Banken auszuweiten • Indirekte Belastung der Banken über Bankenabgabe 	<ul style="list-style-type: none"> • Explizite Unterstützung auf Aufnahme der Risiken könnte als Präzedenzfall für andere Banken gewertet werden • Mögliche Zweifel am Willen und der Fähigkeit des Bundes, die Anstaltslösung auch bei anderen Instituten anzuwenden • Zusätzlich indirekte Belastung der Banken über Bankenabgabe im Heimatmarkt 	<ul style="list-style-type: none"> • Mögliche Zweifel an der Risikotragfähigkeit des Banksystems durch Übernahme der Risiken • Zusätzliche Belastungen aus der Finanzierung des BSF und Risiken aus der Mezzanine Tranche 	<ul style="list-style-type: none"> • Mögliche negative Auswirkungen auf die Töchter österreichischer Banken im Ausland im Falle eines Mismanagements der Insolvenz – könnte allerdings durch eine „Flight to quality“ kompensiert werden
Gesamtbeurteilung Vorteilhaftigkeit	-	-	-	+

Quelle: OliverWyman Analyse

© OliverWyman | FRA-FSP25301-022

8 Refinanzierungskosten

Banken: Veränderung der Refinanzierungskosten von Banken

Thema	Status Quo	Anstatt	Beteiligungslösung	Insolvenz
Positives	<ul style="list-style-type: none"> Handeln des Bundes belegt den sovereign support für österreichische Banken 	<ul style="list-style-type: none"> Bestätigung des unbeschränkten sovereign supports für österreichische Banken 	<ul style="list-style-type: none"> Positive Auswirkungen nur bei Wegfall/ Reduktion der Bankenabgabe in einer Größenordnung, die sowohl dem Finanzierungsvolumen als auch der Risikoübernahme durch das Mezzanine Kapital entspricht 	<ul style="list-style-type: none"> Reduktion der bestehenden und Vermeidung der zukünftigen Belastung des übrigen Banksektors durch die Probleme der Hypo (über Bankenabgabe)
Negatives	<ul style="list-style-type: none"> Unsicherheit besteht weiter – keine Lösung der Situation erreicht 	<ul style="list-style-type: none"> Mögliche Zweifel des Marktes an der Werthaltigkeit des sovereign supports Unbedingte Unterstützung vor dem Hintergrund der neuen EU-Regulierung in Zukunft wahrscheinlich ohnehin nicht mehr darstellbar 	<ul style="list-style-type: none"> Erhöhung der Refinanzierungskosten durch die übernommenen, nicht vollends abschätzbaren Risiken aus der Beteiligung am BSF 'Sozialisierung' der Verluste über den gesamten Sektor 	<ul style="list-style-type: none"> Offenlegung des nur begrenzten sovereign supports durch den österreichischen Staat – jedoch nur von geringer Relevanz, da die Hypo vom Markt deutlich unterschiedlich zu anderen Banken wahrgenommen wird
Gesamtbeurteilung	-	+/-	-	+/-
Vorteilhaftigkeit				

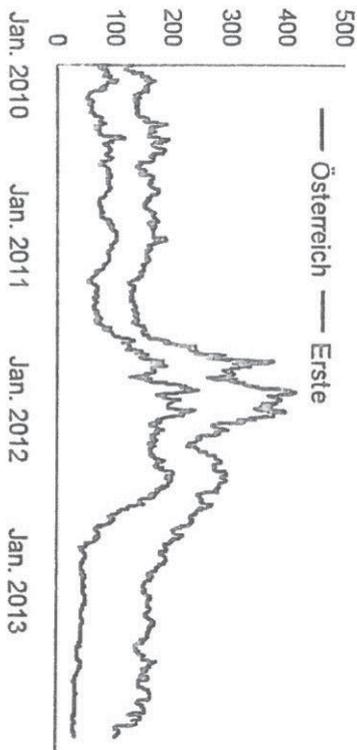
Quelle: OliverWyman Analyse

© OliverWyman | FRA-FSP25301-QZ2

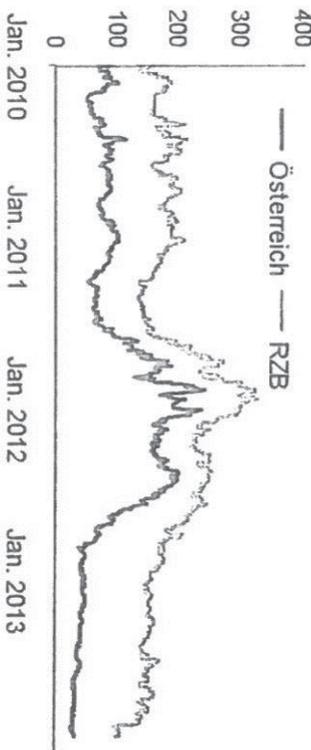
8 Refinanzierungskosten

In der Markteinschätzung unterscheidet sich die Hypo bereits heute deutlich von anderen österreichischen Banken und der Republik

CDS Spread Österreich vs. Erste



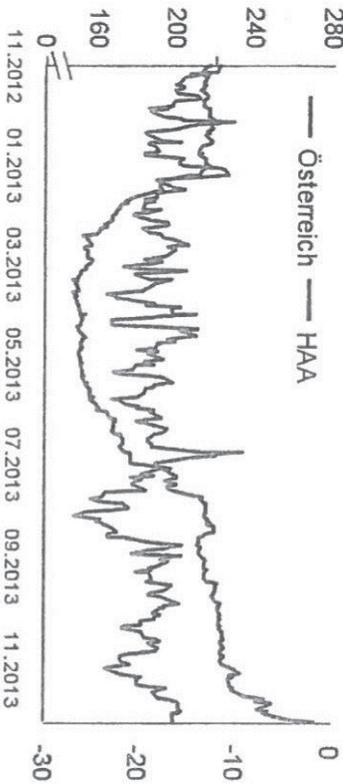
CDS Spread Österreich vs. RZB



Klare Korrelation zwischen Banken und Staats CDS



Asset Swap Spread Österreich vs. Gesicherte HAA Anleihe



Kein erkennbarer Zusammenhang zwischen landesgarantierten Bonds der Hypo und Anleihen Bund

Ein Spillover auf andere Banken erscheint vor diesem Hintergrund unwahrscheinlich

Anmerkung: CDS Spread über 5 Jahre; keine CDS für HAA verfügbar; gesicherte HAA Anleihe mit Laufzeit 2017
Quelle: Bloomberg, Oliver Wyman Analyse

8 Refinanzierungskosten

Fallstudie SNS Reaal (2013) – Eine geordnete Übernahme mit bail-in von unbesicherten Kreditgebern und einmaliger Bankenabgabe



Ausgangslage

- SNS Reaal ist die wertgrößte Bank (und sechstgrößte Versicherung) in den Niederlanden
- Staatliche Subventionen haben in den Niederlanden zu einer Immobilienblase geführt, welche aufgrund anhaltender Wirtschaftsschwäche zerplatzt (Immobilienpreise sinken um 25%-30%)
- SNS Reaal's Immobilienportfolio verursacht enorme Verluste und der Staat entscheidet einzugreifen (mit €800Mio)

Nationalisierung von SNS Reaal (Feb 2013)

Der Niederländische Staat (Gesamt: €3.6Mrd – €9.8Mrd)

- Nutzung des relativ neuen (2012) „Intervention Acts“ und Enteignung/ Komplettübernahme des gesamten Eigenkapitals
- Zusätzlicher Kapitaleinschuß von €2.9Mrd (in Form von Kernkapital)
- Völlige Abschreibung der ursprünglichen €800Mio
- Zwischenfinanzierung von €1.1Mrd
- Refinanzierungsgarantien von €5.0Mrd

Kreditgeber

- Vollabschreibung von ca. €1.0Mrd unbesicherter Instrumente
- Besicherte und höherrangige Instrumente wurden bedient

Bankensektor (ING, ABN Amro, Rabobank)

- Einmalige Bankenabgabe von €1.0Mrd in 2014

Einfluss auf den Staatsfinanzierung

- Gesamtstaatsverschuldung steigt um 1,5%
- Defizit steigt um 0,6% (Schätzungen zufolge auf ca. 3,9% - EU Ziel von 3% wird ohnehin verfehlt)
- Einfluss auf AAA-Rating und Refinanzierungskosten wird nicht erwartet

Einfluss auf den Bankensektor

- Fitch warnt, dass mögliche Enteignungsszenarien ernsthafte Konsequenzen haben könnten
- Keine nennenswerten direkten Änderungen in Finanzierungskosten anderer Banken
- Andere Banken unterstützen die Intervention öffentlich

Ein geordnetes und gut vorbereitetes bail-in Szenario muss keine signifikant negativen Auswirkungen auf den Staat oder den Bankensektor verursachen

Quelle: SNS Reaal Investor relations, De Nederlandse Bank, Niederländisches Finanzministerium, Reuters, Morgan Stanley, Oliver Wyman Analyse

9 Einlagensicherung

Gläubiger: Behandlung Einlagen: Aufgrund des geringen Volumens in Österreich nicht relevant aber Risiko für mögliche Beanspruchung von Sicherungseinrichtungen im SEE Netzwerk

Thema	Status Quo	Anstalt	Beteiligungslösung	Insolvenz
Grundsätzliches	• <i>Insgesamt nur sehr geringes Volumen an Einlagen in Österreich – somit ist in keinem Szenario eine hohe Belastung zu erwarten</i>			
Positives	<ul style="list-style-type: none"> • Verhindert politische Herausforderungen in SEE Ländern mit betroffenen Einlagen 	<ul style="list-style-type: none"> • Verhindert politische Herausforderungen in SEE Ländern mit betroffenen Einlagen 	<ul style="list-style-type: none"> • Im Modell: Reduktion des Haftungsumfanges des Bundes 	<ul style="list-style-type: none"> • Rein juristisch starke Reduktion des Haftungsumfanges des Bundes • Ggf. Anreize für lokale Sicherungssysteme zur Übernahme von Haftungselementen
Negatives	<ul style="list-style-type: none"> • Doppelte Absicherung durch Bund haftet als alleinigen Eigentümer und gesetzliche Einlagensicherung in Österreich • Bei ausländischen Banken Vermutung der fortgesetzten Haftung durch Österreich 	<ul style="list-style-type: none"> • Explizite Absicherung der Einlagen (inkl. ungesicherter Forderungen) in allen Jurisdiktionen durch den Bund 	<ul style="list-style-type: none"> • Mögliche juristische Zweifel an dem Bestand der Einlagengarantie bei geteilter Risikopränahme von Bund und Staat insbesondere für ausländische Einlagen sowie an der Leistungsfähigkeit des österreichischen Bankensystems 	<ul style="list-style-type: none"> • Klärung des Verhältnisses hinsichtlich der Einlagen im SEE Netzwerk notwendig • Mögliche Belastung von ausländischen Sicherungseinrichtungen könnte zu politischen Herausforderungen führen
Gesamtbeurteilung	-	-	+/-	+
Vorteilhaftigkeit				

Quelle: Oliver Wyman Analyse

© Oliver Wyman | FRA-FSP25301-022

10 Implikationen Pfandbriefmarkt
 Gläubiger: Pfandbriefe: Mögliche Auswirkungen auf den Pfandbriefmarkt wg.
 des Sondervermögens wahrscheinlich gering

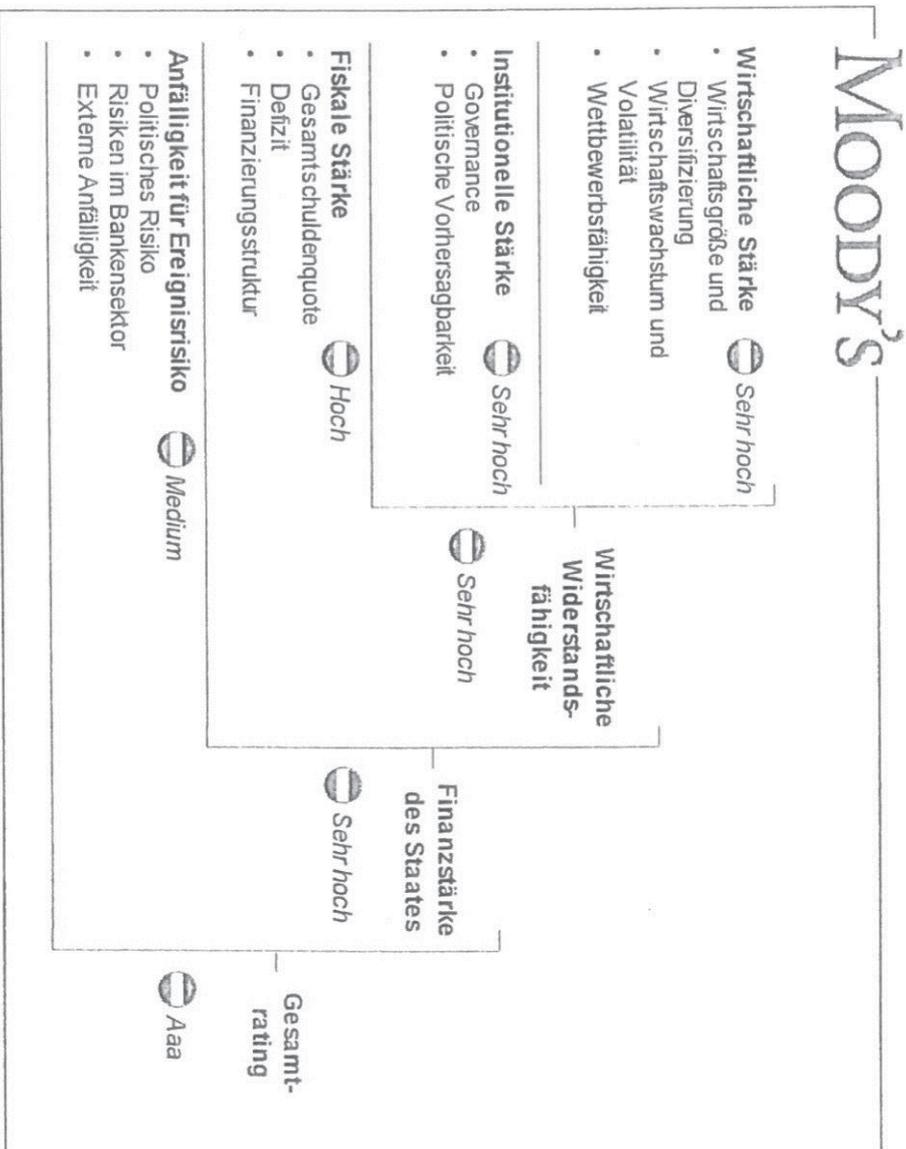
Thema	Status Quo	Anstalt	Beteiligungslösung	Insolvenz
Positives	• N/A	• Absicherung des Pfandbriefmarktes und der Investoren	• Absicherung des Pfandbriefmarktes und der Investoren	• Bei entsprechender Gestaltung Möglichkeit Investoren von Vorteilhaftigkeit von veränderten Instrumenten zu überzeugen • Keine solidarische Haftungsübernahme des Bundes
Negatives	• Fortgesetzte Unsicherheit könnte Einschätzung der Investoren belasten	• Bund übernimmt vollständige Haftung für die ausstehenden Pfandbriefe	• Haftung für ausstehende Pfandbriefe verbleiben wahrscheinlich beim Bund • Möglicherweise Notwendigkeit in Folgefällen ebenfalls abzusichern um Markterwartungen zu erfüllen	• Mögliche temporäre Marktlumpe
Gesamtbeurteilung Vorteilhaftigkeit	-	-	-	+/-

Quelle: Oliver Wyman Analyse

© Oliver Wyman | FRA-FSP25301-022

Appendix | Rating-Methodik der Ratingagenturen

Moody's Länderrating-Methodik von Österreich (Ende Oktober 2013)

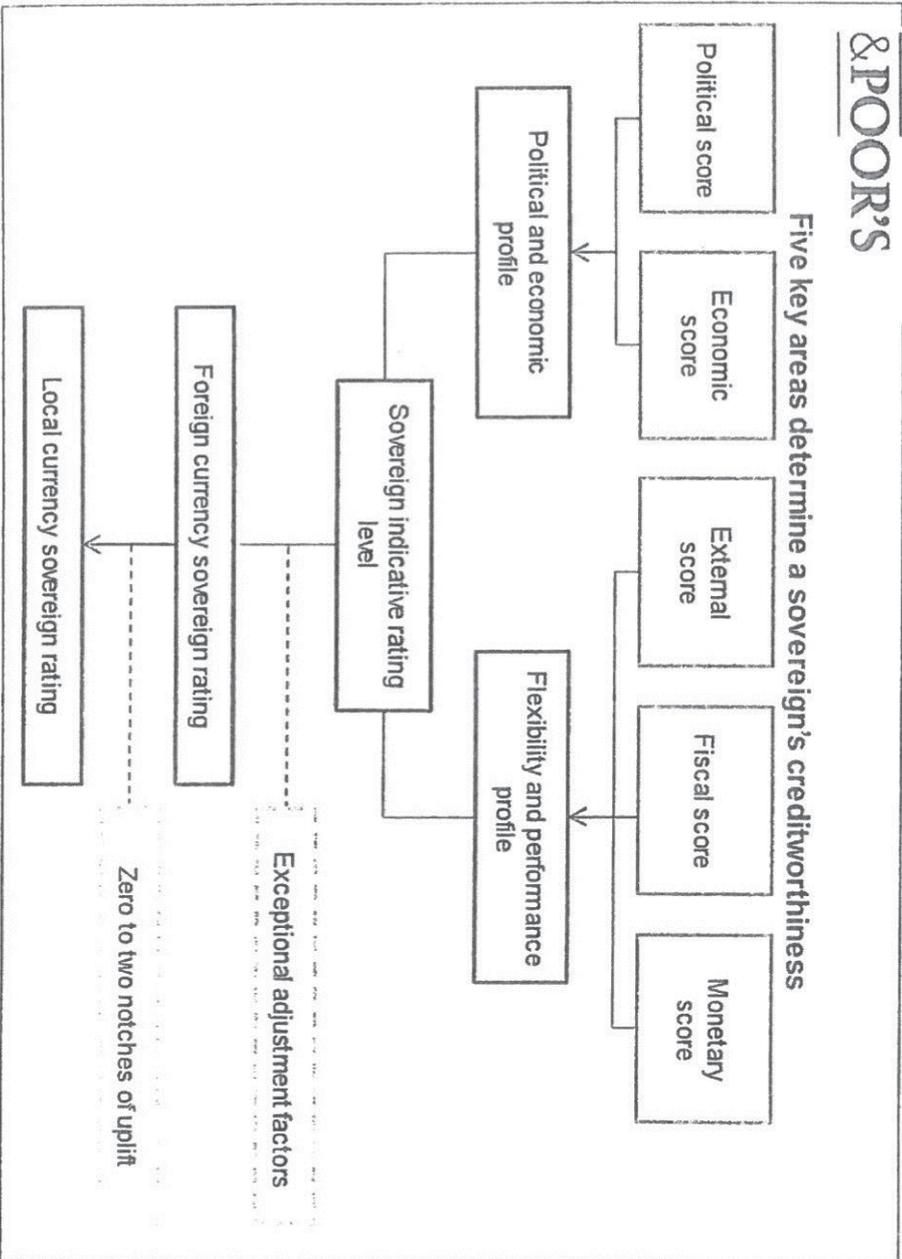


Österreichs wirtschaftliche und politische Stabilität sind Haupttreiber des Ratings

Quelle: Moody's Credit Analysis Government of Austria 30 October 2013 – Report #159455, Oliver Wyman Analyse

Standard & Poors Länderrating-Methodik

STANDARD & POOR'S



Quelle: Standard & Poors, Oliver Wyman Analyse

© Oliver Wyman | FRA-FSP25304-022

Fiskalfaktoren
 haben eine
 vergleichsweise
 geringere
 Wichtigkeit, als
 politische und
 wirtschaftliche
 Faktoren

QUALIFIZIERUNG, ANNAHMEN UND VORBEHALTE

Dieser Bericht dient ausschließlich der Verwendung durch den in dem Bericht genannten Kunden von Oliver Wyman. Dieser Bericht ist nicht zur Veröffentlichung oder allgemeinen Verbreitung bestimmt. Er darf ohne vorherige schriftliche Zustimmung von Oliver Wyman zu keinem Zweckvervielfältigt, zitiert oder verteilt werden. Dieser Bericht wird nicht zu Gunsten irgendwelcher Dritter erstellt. Oliver Wyman übernimmt keine Haftung gegenüber Dritten.

Dieser Bericht basiert ganz oder teilweise auf Informationen, die von Dritten beigebracht wurden. Wir sind davon ausgegangen, dass diese Informationen verlässlich sind. Soweit nicht ausdrücklich in dem Bericht vermerkt, haben wir solche Informationen nicht überprüft. Offenlich verfügbare Informationen sowie Branchendaten und statistische Daten stammen aus Quellen, die wir für verlässlich halten. Gleichwohl übernehmen wir keine Gewähr und keine Garantie für die Richtigkeit oder Vollständigkeit solcher Informationen. Die in dem Bericht enthaltenen Erkenntnisse können Prognosen enthalten, die auf derzeitigen Daten und historischen Entwicklungen basieren. Derartige Prognosen sind mit den ihnen innewohnenden Risiken und Unsicherheiten behaftet. Oliver Wyman übernimmt keine Haftung für tatsächliche Entwicklungen oder zukünftige Ereignisse.

Die in diesem Bericht geäußerten Meinungen gelten nur für den hierin genannten Zweck und nur zu dem Datum des Berichts. Oliver Wyman ist nicht verpflichtet, den Bericht zu überarbeiten im Hinblick auf Veränderungen, Ereignisse oder Gegebenheiten, die nach dem angegebenen Datum eintreten.

Sämtliche Entscheidungen im Zusammenhang mit der Umsetzung oder der Verwendung von Ratschlägen oder Empfehlungen, die in diesem Bericht enthalten sind, stehen in der alleinigen Verantwortung des Kunden. Dieser Bericht teilt keine Anlage- oder Vermögensberatung dar. Der Bericht enthält zudem keine Beurteilung darüber, ob das Geschäft oder das Vorhaben für irgendeine Partei fair oder sinnvoll ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Entspricht der oben angeführte Bericht von Oliver Wyman „Projekt Galileo Outside-In Beobachtungen“ vom Dezember 2013 jenem Bericht, der dem Bundesministerium für Finanzen in der Causa Hypo von Oliver Wyman vorgelegt wurde?
2. Warum werden dem Nationalrat die Vorlage des Oliver Wyman Reports sowie die Berichte der Hypo-Task Force, die zur Wahrung seiner parlamentarischen Kontrollrechte wesentlich wären, vorenthalten?
3. Hat das Bundesministerium für Finanzen, auf Basis der Empfehlung der Experten, eine Folgeanalyse der budgetären Aspekte (Staatsschuldenstand, Budget-Defizit, Gesamtkosten) der möglichen Lösungsvarianten durchgeführt bzw. durchführen lassen?
4. Wenn ja, warum werden diese Analysen dem Nationalrat nicht zur Verfügung gestellt?
5. Finden derzeit nur Bemühungen statt, die im Wyman Report zweitbeste Lösung „Beteiligungslösung“ vorzubereiten oder werden auch andere Varianten parallel dazu verfolgt?
6. Wer sind die direkten und indirekten Gläubiger der Hypo Alpe Adria?
7. Wie stellt sich das aktuelle Anleiheportfolio der Hypo Alpe Adria Gruppe wirtschaftlich dar (Höhe der Anleihen, Verzinsungen, Laufzeiten)?
8. Wie lauten die rechtlichen Ausstiegsklauseln aus den jeweiligen Anleiheverträgen?
9. Welche direkten und indirekten Konsequenzen hätte ein Insolvenzscenario für die Großgläubiger der Hypo Alpe Adria?
10. Bis wann soll ein Beschluss (Umsetzung einer Lösungsvariante) hinsichtlich der Zukunft der Hypo Alpe Adria gefasst werden?
11. Welchen Einfluss hat das Szenario einer „Beteiligungslösung“ auf die Höhe der Bankenabgabe?

12. Wie hoch soll der gesamte „Solidarbeitrag“ der Banken zur Speisung des Stabilisierungsfonds sein?
13. Wie hoch ist die „Hilfe“ der Banken bzw. der Beitrag zum Stabilisierungsfonds, der über die derzeitige Bankenabgabe hinaus geht?
14. Worin besteht der Vorteil für den Steuerzahler, dass Banken in Zukunft statt einer Bankenabgabe ins Budget den gleichen oder geringeren Betrag in den Stabilisierungsfond einzahlen?
15. Wie lange (wie viele Jahre) soll der Stabilisierungsfonds von den Banken dotiert werden?
16. Was passiert, wenn im Stabilisierungsfonds eventuell nur temporär, unzureichende Mittel vorhanden sind um die Verpflichtungen der Bad Bank zu erfüllen?
17. Gibt es eine Cash Flow Projektion für die kommenden Jahre, die zeigt, welche Zahlungen der Hypo Bad Bank anfallen werden und welche Mittel aus dem Stabilisierungsfond dem gegenüber stehen?
18. Wie hoch wird derzeit nach Analyse der Hypo-Task-Force sowie der vom Bundesministerium für Finanzen vergebenen Gutachten der mögliche Gesamtschaden beziffert?
19. Muss tatsächlich mittels eines eigenen Deregulierungsgesetzes die Banklizenz für das Bad Bank Konstrukt beseitigt werden, um die hohen Eigenkapitalanforderungen nicht erfüllen zu müssen?
20. Bis wann ist mit einer Aussage von Eurostat zum vorgestellten Konstrukt zu rechnen und welchen Plan verfolgt das Bundesministerium für Finanzen im Falle einer negativen Stellungnahme?